

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

23.8.1862 (No. 198)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 23. August.

N. 198.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einsendungsgebühr: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Preussische Depesche über die Bundesreform.

Die preussische Regierung hat sich bereit, den Bundesgenossen ihre Auffassung in Betreff der Bundesanträge der Wiener Konferenzstaaten vom 14. d. M. in einer Depesche darzulegen. Man schreibt der „Köln. Zig.“ hierüber „von der Weser, 18. d.“ Folgendes:

„Es liege im preussischen Interesse und es sei durch die Angelegenheit geboten, das richtige Licht auf die Bestrebungen jener Regierungen zu werfen. Das Resultat der bisherigen Verhandlungen der Unterzeichner der identischen Noten sei nur ein so geringfügiges, daß sich selbst die Gegner der Auffassung über die Ergebnisse wundern mußten. Um so mehr Mühe habe sich Graf Rechberg gegeben, diese Anträge mit einem gewissen Schein zu umgeben. Preußen, welchem die innere Geschichte der Verhandlungen nicht verborgen bleiben konnte, und dem die Widersprüche bekannt waren, welche Bayern und Sachsen gegen das Bundes-Schiedsgericht, Hannover gegen die Delegirtenversammlung, Oesterreich gegen den württembergischen Vorschlag zur Bildung der Bundesexekutive erhoben haben, habe zur Ueberzeugung kommen müssen, daß irgend ein Resultat von Bedeutung sich aus den Verhandlungen nicht entwickeln konnte. Bei der Betrachtung der Anträge zeige sich, daß sie lediglich eine Fortsetzung und eine Ergänzung derjenigen Bestrebungen sind, welche die Würzburger Regierungen durch eine Reihe von Anträgen am Bunde mit der Absicht eingeleitet haben, die Kompetenz des gegenwärtigen Bundes zu erweitern, nicht aber eine Reform der Bundesverfassung herbeizuführen. Bei dieser Art der Reform handelte es sich eigentlich nur um einen noch verwickelteren Ausbau derselben, um eine Umgestaltung des Bundesorgans mit neuen Institutionen. Es ist das Prinzip der Würzburger Konferenzstaaten, neue Bundeseinrichtungen für das gesammte Deutschland zu verwirklichen. Die Anträge vom 14. d. M., welche die Kompetenzverteilung des Bundes einleiten sollen, sind daher in ihren Motiven mit einem möglichst freisinnigen und populären Gewande umkleidet, obwohl die Delegirtenversammlung noch außerhalb der Organisation des Bundes bleiben und der Entwurf des Bundesgerichts nur als Material für den betreffenden Ausschuss dienen soll. Der österreichische Vorschlag zur Bildung desselben ist nur eine Verbesserung des Vortrags des Staatsrats Vinde und geht darauf aus, daß diesem Institute die Kompetenz zustehe, politische Funktionen auszuüben und die Verfassungsfragen in den einzelnen Bundesstaaten zu schlichten. Dieses Bundesgericht soll nicht weiter als ein Organ des Bundestages sein, um nur auf dessen Ermächtigung und in seinem Auftrage seine Thätigkeit auszuüben; die Popularität desselben soll dadurch befördert werden, daß man eine Theilnahme der Landtags-Mitglieder der einzelnen Staaten in Aussicht stellt; ganz in derselben Weise, wie man die Eingriffe der Kommission für die Zivilgesetzgebung in die Legislative der einzelnen Staaten dadurch zu mildern gedenkt, daß ihr eine Delegirtenkommission an die Seite gestellt wird. Preußen bekämpft daher vom Boden des alten Bundesrechts diese Vorschläge, von der Ueberzeugung ausgehend, daß eine solche Kompetenzverteilung unstatthaft sei.“

Im zweiten Theil der Depesche wird die Stellung besprochen, welche Preußen zur deutschen Reformfrage einnimmt. Es ist daran angeknüpft, daß die Wiener Konferenzstaaten als

eine notwendige Folge ihrer Anträge die Umgestaltung der Bundesexekutive und die Herstellung einer Nationalrepräsentation hoffen. Diese Erwartung theilt der preussische Minister nicht, da auf dem Boden der Bundesverfassung, auf welchem das Großdeutschthum steht, sich niemals eine einheitliche Exekutive und ein wirkliches Parlament ausbilden könne. Mit der Erwägung, daß zwei Großmächte im Bunde sich befinden, von denen keine sich der andern unterzuordnen gebe, sinkt der patriotische Schein des österreichischen Antrags. Wenn aber in der Presse behauptet wird, daß Preußen mit einer bloßen Verneinung nicht durchbringen könne, sondern mit einer positiven Politik auftreten müsse, so werde übersehen, daß am Bunde für preussische Vorschläge ebenfalls keine Einstimmigkeit zu erreichen sei, und daß Preußen überhaupt nicht die Absicht habe, am Bunde die Bundesreform zu betreiben. Den Weg der freien Vereinbarung habe Preußen zur Reform der Bundesverfassung nach seiner Auffassung bereits betreten. Graf Bernstorff verneint, daß es möglich sei, ein engeres Band als das bisherige um den ganzen Bund zu schlingen. Seit Jahren sei daher Preußen bereits in Thätigkeit, um mit einem kleinen Kreis von Staaten eine engere Verbindung anzubahnen; eine große Zahl von Anträgen verfolgten dieses Ziel, und bereiteten es vor. Wenn der günstige Augenblick gekommen sei, gedenkt die preussische Regierung, sich mit denjenigen Staaten, die gleiche politische und materielle Interessen verfolgten, über eine einheitliche Exekutive in militärischen Dingen, und in Bezug auf die Vertretung dem Ausland gegenüber zu vereinigen; bis dahin werde sie jede Erweiterung der Kompetenz des Bundestages zurückweisen, und die Einzelstaaten, die dort jetzt erörtert würden (Zivil-Verordnung, Patentgesetzgebung, Nachdruck, Heimathgesetzgebung, handelspolitische Fragen) auf dem einzig möglichen Wege, dem der freien Vereinbarung, verfolgen. Da Preußen bereits den Mehrheitsbeschlüssen in der Bundesversammlung entgegengetreten sei, welche sich auf die Einsetzung von Kommissionen in den erwähnten Fragen bezögen, so habe es auch sofort Widerspruch erheben müssen gegen die Erweiterung einer dieser Kommissionen durch eine delegirte Versammlung. Für ein solches Vorgehen der Bundesversammlung können bundesrechtlich nur einstimmige Beschlüsse entscheidend sein, nicht aber Beschlüsse der Majorität.

„Von Preußen habe dies bei der Einbringung der Anträge hervorgehoben werden müssen, wenn es sich nicht dem falschen Schein aussetzen wollte, als trete es gegen eine wirkliche Bundesreform auf. Im vorliegenden Fall handle es sich nicht um eine Reform, den Bundestag durch eine einheitliche Organisation zu befechtigen. Vom preussischen Standpunkt aus wäre es auch falsch, die Bundesreform auf einem solchen Wege, wie es der Ausbau der innern staatsrechtlichen Fragen in Deutschland von Bundes wegen ist, durchzuführen zu wollen. Preußen habe sich schon früher dahin ausgesprochen, daß von einem Bundesgericht in Deutschland nicht eher die Rede sein könne, als bis eine einheitliche Exekutive bestehe. Ein Bundesgericht würde die Justizhoheit über alle anderen Staaten ausüben müssen. Dies sei aber ohne ein einheitliches Regiment unausführbar und ein Erfolg seiner Wirksamkeit über das gesammte Deutschland denkbar. Preussischer Seits ist sodann darauf hingewiesen, daß es den Würzburger Konferenzstaaten unmöglich war, sich auf der Basis der identischen Noten über ganz allgemeine Vorschläge in Betreff der Ex-

ekutive und einer gemeinsamen wirklichen Repräsentation zu verständigen. Weil der Versuch mißglückt und das Resultat der Verhandlungen so geringfügig war, hätten die Regierungen auch die Beurtheilung desselben durch das preussische Kabinett nicht abwarten wollen, bevor sie an den Bund gingen. Daraus erkläre sich die Eile ihres Schrittes und das Bestreben, einen patriotischen und liberalen Schein um die Vorschläge zu verbreiten, wie man ihn dem fast gleichzeitig in's Werk gesetzten Vorschlag einer Jolleinigung mit Oesterreich zu geben versuchte. Diese beiden Hauptmittel der großen Agitation würden aber sehr bald von den Einsichtigen der deutschen Nation in ihrer Hinsichtigkeit erkannt werden. — Außer einem Zirkular in diesem Sinne an die Bundesgenossen ist das Wiener Kabinett, wie ich höre, noch in einem besondern Schriftstücke über die preussische Auffassung orientirt worden.“

Deutschland.

Karlsruhe, 22. Aug. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich heute Vormittag um 11 Uhr 45 M. zum Besuch Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Großfürstin Helene von Rußland nach Baden begeben und sind heute Nachmittag gegen 5 Uhr wieder wieder zurückgekehrt.

Von der Kraich, 20. Aug. Nachdem nunmehr sämtliche Halmsrüchte eingeheimet sind, kann ich über das Ertragniß derselben Folgendes berichten: Die Hauptfruchtart, der Dinkel, hat leider bedeutend zurückgeschlagen. Da die Halme sehr dünn und schwach waren, sind nicht bloß die Garben leicht und spärlich ausgefallen im Stroh, sondern auch in den Ähren und einzelnen Körnern, was dann zur natürlichen Folge hat, daß auch unter dem Dreschfahrl und in der Mühle größtentheils nur ein häßliches Reuliat erzielt wird. Korn, Weizen, Haber und Einfeld dagegen haben ein günstiges Ertragniß geliefert. Sehr erfreulich ist der Stand der Pflanz-, Knollen- und Futtergewächse, welche den Ausfall an Heu und Dinkel wieder zu decken im Stande sind. Auch der Mohr ist vortheilhaft geerntet, und der Hanf, sowie die Nebelgelder berechnen sich im Durchschnitt zu den schönsten Erwartungen. Auch Obst, insbesondere Kernobst, gibt es mehr als man anfänglich erwartet hatte. Die Kartoffeln haben durch die abwechselnde Kälte und Hitze hauptsächlich in den Niederungen, etwas Noth gelitten, was jedoch im Allgemeinen von unbedeutendem Belang ist, indem die Stöcke einen außerordentlich reichen Ertrag gewähren.

Mannheim, 21. Aug. (Mannh. J.) In der am Montag hier stattgehabten außerordentlichen Sitzung des evangelisch-protestantischen Kirchengemeinderaths wurden die H. Kaufmann Anheuser, Hofgerichts-Rath Guyet, Ländereimer Löwenhaupt und Kaufmann Moll (Mitglied der Zweiten Kammer) mit Einstimmigkeit weltlicher Seits zu Synodalmittgliedern gewählt.

Von der Elz, 21. Aug. Dem Vernehmen nach ist in der vorletzten Nacht einem ledigen Bürger zu Nimburg die Summe von angeblich 52,000 fl. in amerikanischem Gelde und ein Wechsel von 2200 fl. entwendet worden. Der Koffer, in welchem sich diese Werthe befanden, wurde des andern Tags erbrochen und ausgeleert auf dem Felde gefunden. Der Bestohlene hat sich dieses Geld in Amerika erworben und war vor kurzem mit demselben in seine Heimath zurückgekehrt.

Ein vaterländisches Bild aus den neunziger Jahren.

(Fortsetzung aus Nr. 197.)

Des Vaters Ruppe stand gefaltet, mit einem Felleisen beladen, vor dem Hause. Georg sollte hinauszugehen auf die Wanderschaft. Bis nach Rippenheim durfte er den Weg zu Pferd machen; dort wollte ihn der vorausgehende Vater, der unterwegs Gefährte abzumachen hatte, im Wirthshaus treffen. Von den Glück- und Segenswünschen der Mutter und aller Hausgenossen begleitet, ritt er, den treuen Eulian, der sich nicht von ihm trennen wollte, mit der Gerte zurückgehend, vom Hofe hinweg.

Nachdem er eine Strecke in der Richtung nach dem bezeichneten Städtchen fortgeritten war — so weit, daß ihn die nachschauende Mutter nicht mehr sehen konnte — schlug er rasch einen Seitenweg ein, gab dem Köhlein die Sporen, und flog der Stadt zu, zum Hause des Freundes, der seinen Schatz verwahrte. Freudig klopfenden Herzens nahm er diesen in Empfang, und sprengte eben so schnell, als er gekommen, zurück, Rippenheim zu.

Bald traf auch der Vater dort ein. Er traute seinen Augen kaum, als er beim Eintritt in das Wirthshaus den Sohn lustig musizierend in Mitte einer Blumontagmachenden Gesellschaft fand. Er drohte ihm mit dem Finger, „Denk an die Pflanzung der Mutter!“ Aber der Schenkende bat so lange, bis der, auch von den lustigen Weibern bestürmte Vater nachgab und dem Müßiggänger des, wie er es nannte, unruhigen Spielzeugs kein weiteres Hinderniß in den Weg legte.

Sie war ihm eine treue Freundin in der Fremde, seine Geige, die ihn vor Müßiggang und mancherlei Versuchung bewahrte. Denn während seine Kameraden in Freiburg, wo er zuerst Arbeit fand, die freie Zeit im Wirthshaus, beim Tanz und auf dem Regelpfad zubrachten und dabei Geld, Ehre und Gesundheit auf's Spiel setzten, spielte ihn die rothlederne Geige dabei an's stille Nachhämmerlein. Natürliche Anlage und rastloser Fleiß brachten ihn bald so weit, daß er jede Melodie, die er hörte, aus dem Kopfe nachspielen konnte.

Bereiten mit guten Zeugnissen und einer schon verzerrten „Kundschaft“, die er sich extra bei einem Freiburger Maler und Schindler ber hatte fertigen lassen, manderte er, das Felleisen auf dem Rücken, eines Morgens früh zur Stadt hinaus. Ueber'm Rhein, in Frankreich, wollte er sein Glück versuchen. Es war noch dümmlich in den Gassen; kaum ein Wälscher Morgenroth glühte über dem Schloßberg; es schien einen heitern Tag zu versprechen. Vom hohen Münsterthurm hallte ernst und andachtstreuend die Weisheit, während er zum Breisacher Thor hinaus schritt in's Freie, wo alles Leben noch ruhte. Es war ihm ganz eigen zu Muth; er war bewegt, als müßte er weinen und wußte doch nicht warum. Seine Gedanken führten ihn landwärts in die Heimath, die er auf so lange, lange Zeit zu verlassen im Begriffe stand. Er sah sich wieder unter jenem wilden Kirchbaum sitzen oben an der Berggabel, das Nachbarskind bei ihm; die Welt, die ihnen damals aus der Ferne so schön vorgekommen — er wollte sie jetzt kennen lernen. Sonderbarer Weise überfiel ihn zum ersten Mal ein unbestimmtes Gefühl wie Heimweh — er glaubte zuletzt den Grund in dem Gedanken zu finden, ob er nach so langer Abwesenheit — denn er wollte den deutschen Boden so bald nicht wieder betreten — alle die Seinigen auch noch am Leben antreffen werde?

Ein frischer Morgenwind, der vom Kaiserstuhl her wehte, verschonte bald alle weiche Trümmerei, Neugesicht, im Frohsinn der Jugend, zog er fürbass, der weiland freien Reichsstadt Breisach zu, die ihm von ihrem Fleßen aus dem Dufte des Morgens bald entgegen schaute.

Sein Wanderziel war Kolmar. Die Dämmerung war hereingebrochen, und noch hatte er eine betrübliche Strecke durch Waldung zu gehen. Am Horizont stiegen Wolken auf; im Laub raschelte ein kühlender Wind als Vorläufer einer unruhigen Nacht. Der Reisende konnte keine Furcht; doch war es ihm unheimlich zu Muth, als er zu einer Stelle kam, wo ein Büschlein in halbverschatteter Einsamkeit vor Jahren hier verübten Noth verkündete.

Der Ort selbst mit seinen melancholischen Tannen über dichtem Un-

terholze schien zu trauern über die Unthat. Jetzt erinnerte sich der einjame Wanderer, im Wirthshaus zu Breisach von Raubanfällen sprechen gehört zu haben, die kürzlich hier in diesem Straßenviertel vorgekommen. Sein Blick fiel unwillkürlich auf seine schweren silbernen Schußhaken, ein werthes Andenken aus Großvaterzeiten; schnell waren sie abgenommen, in die Rocktasche verpackt und die Schuße mit Schnüren gebunden. Auch der neue Rock, den er trug, konnte Gefährte erregen, weshalb er ihn wendete und verlehrt anzog. Das weißene Futterloch gab ihm das Ansehen eines Menschen, bei dem man so leicht keine Schätze sucht.

Die List war keine ganz überflüssige. Denn kaum war er, ein Lieb vor sich hinmurmelt, etwa eine Viertelstunde weit gegangen, als er sich plötzlich von drei baumhaften Schlingeln umringt sah: „Halt!“ schrie der vorderste, der die untere Partie seines Gesichtes mit einem rothen Sackel maskirt hatte, „wo willst Du hin?“

„Auf den nächsten Hof“, versetzte Georg led; „kennt ihr mich denn nicht?“

Der zuversichtliche trübselige Ton, mit dem er dieses sagte, schien das verdächtige Kleeblatt verdunst und ungeschlüssig zu machen; es mochte glauben, den Rechten nicht erwischt zu haben, und ließ ihn ungehindert weiter ziehen. Unser Freund aber traute dem Vandsrieden nicht; nachdem er eine Weile auf der Straße fortgewandert, schlug er auf Gerathwohl einen Seitensab ein, der ihn — freilich auf großen Umwegen — glücklich nach Kolmar führte. Es war schon spät, und Georg suchte sogleich die Wälderberge auf.

In der Wirthstube zechten noch eilige Handwerkerfellen beim Schein eines dünnen Talglüchtes. „Wo kommst Du her, Brudersohn, so spät in der Nacht?“ rief ihm ein alter Festschneider entgegen, der am hinteren Tisch, in Tabakswolken eingehüllt, bei Schnapsgläsern und schmutzigen Karten saß; „Du schmaust ja, bei'm Blick, als kämest von der Hasenjagd. Komm' her, wir machen noch Eins!“

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Pfalz, 21. Aug. (Pfalz. 3.) Die Werbungen in Frankreich für Garibaldi wirken auch auf unsere Grenzprovinz zurück. Während nämlich vorher Desertionen unter unseren Truppen sehr selten waren, kommen sie gegenwärtig wieder ziemlich häufig vor, und das Ziel der Fahnenflüchtigen ist erfahrungsmäßig Italien, wohin sie aus Frankreich unentgeltlich befördert werden. Es regt sich bei solchen Gelegenheiten immer wieder die alte, abenteuerlustige deutsche Landstrecknatur.

Augsburg, 21. Aug. Ueber die gestern, 20. d., hier stattgehabte Versammlung des Ausschusses der Frankfurter Pfingsterversammlung gehen der „A. Abend-Ztg.“ folgende Nachrichten zu: Bekanntlich hatte die Pfingsterversammlung in Frankfurt einen Ausschuss gewählt, welcher unter Anderem die österreichischen Reichsraths-Abgeordneten Brinz und Rechbauer kooptirte, und sie schriftlich einlud, sich über die Annahme der Wahl zu erklären; zugleich sollte dieser Ausschuss an einem weiter zu bestimmenden Tag zusammenreten, um über das Ausschreiben einer größeren Versammlung auf Grundlage der in Frankfurt ausgemachten Bestimmungen zu beraten. An jener vorbereitenden Versammlung sollten auch die Abgg. Brinz und Rechbauer, als in den Ausschuss gewählt, Theil nehmen. Am 19. d. nun erschienen in Augsburg persönlich eine Anzahl Ausschussmitglieder, wir nennen aus Bayern die H. H. Dr. Böck, Dr. Barth, aus Kurheffen Obergerichtsanwalt Rebellpau, aus Bremen Advokat Pfeiffer, aus Württemberg Advokat Probst, aus Koburg Bürgermeister Oberländer, aus Baden Prof. Blumstiel. Hr. Dennigsen aus Hannover, der bestimmt erwartet wurde, ist nicht gekommen. Nachdem am 19. d. in einem Gasthof eine vertrauliche Vorbesprechung stattgefunden, traten die anwesenden Mitglieder des Ausschusses am 20. nochmals zusammen. In erster Linie wurde die bekannte Brinz-Rechbauer'sche Antwort in Beratung gezogen, der Vorschlag des Zusammentritts einer gleichen Anzahl (je 25) Großdeutscher und Kleindeutscher, wobei sie mit ihren politischen Freunden erscheinen würden, welche Versammlung selbst einen weiten vorbereitenden Charakter haben sollte. Dieser Antrag wurde abgelehnt: der Ausschuss könne um so weniger darauf eingehen, weil er hierzu kein Mandat habe, und weil er nicht wüßte, wie eine solche Versammlung zusammenzusetzen wäre. Als Gegenantrag wurde nach Wien proponirt, den Juristentag zu vertraulicher Vorberatung ohne Zahlenbestimmung für das Zusammentreten von Berathenden festzusetzen, was jedoch von Brinz abgelehnt wurde. In positiver Hinsicht beschloß der Ausschuss mit 18 gegen 9 Stimmen, es solle auf 28., 29., 30. Sept. eine größere Versammlung nach Weimar ausgeschrieben werden. Zur Theilnahme berechtigt sind nach der Feststellung der Frankfurter Pfingsterversammlung jetzige und frühere Landtags- und alle Parlamentsmitglieder. Auch der hier tagende Ausschuss glaubte sich an diese Bestimmungen binden, und jener Versammlung Beschluß darüber überlassen zu müssen, wer weiter Theil nehmen solle. Jene Tage sind erst vorläufig, noch nicht definitiv, als Zeit der Zusammenkunft in Aussicht genommen, da die preussischen Abgeordneten sich erst Anfangs September über einen geeigneten Zeitpunkt erklären zu können glauben. Gegenstände der Berathung sind: 1) das Verhalten zu den Vorschlägen der Regierungen, betreffend eine Delegirtenversammlung am Bund; 2) die Zollvereins-Frage, Zollparlament u. dgl. Die meisten der abgegebenen Voten waren schriftlich eingelaufen, zunächst nach Weimar war Frankfurt als Zusammenkunftsort vorgeschlagen. Den Abgg. Brinz und Rechbauer wurde in dem an sie ergangenen Antwortschreiben ausgedrückt, daß sie nichtsdestoweniger an den weiteren Arbeiten des Pfingsterversammlungs-Ausschusses (für den sie ja kooptirt sind) Theil nehmen könnten, wenn sie wollten, und daß sie selbstverständlich mit ihren Freunden in Weimar willkommen seien. Zufälliger Weise weilt der Abg. Brinz gegenwärtig im Schwäbischen, in Eberstetten, bei seinem Bruder auf Besuch; derselbe war übrigens nicht in Augsburg.

München, 20. Aug. Die „Bayrische Ztg.“ veröffentlicht die (ihrem allgemeinen Inhalt nach bereits bekannte) Note der k. bayrischen Regierung vom 8. d. M. in Betreff des preussisch-französischen Handelsvertrags. Dieselbe lautet:

Wie der k. preussischen Regierung ohnedies bekannt ist, hat die k. bayrische Regierung sich seit dem Empfang der Entwürfe des Zoll- und Handelsvertrags mit Frankreich und der damit in Verbindung gebrachten Vereinbarungen auf das lebhafteste mit dieser wichtigen Angelegenheit beschäftigt und eifrigst bestrebt, sich über die Folgen dieses Vertrags für die Entwicklung und Zukunft des Zollvereins, über seine unausbleiblichen und wahrscheinlichen Rückwirkungen für die industrielle Wohlfahrt ihrer Angehörigen ein richtiges, durch keine Nebenrücksichten getrübbtes Urtheil zu bilden. Wenn sie hierbei zu einem Resultat gelangt ist, welches zum Theil wesentlich von den Anschauungen der k. preussischen Regierung abweicht, so muß sie dieses zwar auf das lebhafteste bedauern, sie ist es jedoch ihren Pflichten gegen den Verein, wie gegen ihre eigenen Unterthanen, ihrer moralischen Verantwortlichkeit, wie ihrer bisher eingenommenen Stellung schuldig, diese ihre Ueberzeugung, sowie die Gründe, welche sie dazu geführt haben, offen und ohne allen Rückhalt darzulegen und hierin dem Beispiel der k. preussischen Regierung zu folgen, welche auch ihrerseits ihre Zwecke und Absichten, welche sie in dieser Verhandlung geleitet haben, selbst wenn dieselben mit den Ansichten anderer verbündeter Regierungen nicht übereinstimmen, offen dargelegt hat.

Die bayrische Regierung braucht hierbei kaum daran zu erinnern, daß sie in allen bisherigen Vereinbarungen ihre korrekte föderative Gesinnung genugsam thätiglich erprobt und stets Sonderinteressen anerkanntem höhern Vereinszwecken untergeordnet hat, so daß gewiß alle Vereinsmitglieder ohne Ausnahme davon überzeugt sind, daß die bayrische Regierung die gleichen Gesinnungen auch in der vorliegenden Frage wieder als leitend betrachtet und daher nur mit Widerstreben und aufrichtigem Bedauern durch eine gewissenhafte Prüfung zu einer Ueberzeugung geleitet worden ist, welche von jener der k. preussischen Regierung wesentlich differirt. Um dieses näher zu belegen, muß der ergebene Unterzeichnete auf den thatsächlichen Verlauf der Verhandlungen etwas zurückgreifen.

Als die k. preussische Regierung im April v. J. ihren Zollverein-

den die erste Mittheilung über die Ergebnisse der Verhandlungen mit Frankreich machte, beschränkte sich dieselbe auf eine Reihe von Thatspositionen, und obwohl damals der bezeichnete Termin viel zu kurz war, als daß eine genaue Prüfung hätte Platz greifen können, so unterließ die bayrische Regierung gleichwohl nicht, sich über die proponirten Tarifänderungen zu äußern, und sowohl diejenigen, welchen sie beistimmen zu können glaubte, als auch die Grenzen zu bezeichnen, über welche hinaus sie jede Konzession für unzulässig erachtete. Zugleich hat sie damals bestimmt und genau die Voraussetzungen und Bedingungen hervorgehoben, welche nach ihrer Ueberzeugung jedem Vertrag mit Frankreich vorausgehen müßten. Sie hatte namentlich damals auf eine Spezialkonferenz der Zollvereins-Regierungen angetragen, um die Ansichten derselben in Bezug auf die Verhandlungen mit Frankreich zu konsultiren und eine sichere Grundlage für dieselben zu erhalten. Die k. preussische Regierung hat letztern Antrag abgelehnt, und die bayrische Regierung hat denselben aus Rücksicht für den Wunsch Preußens nicht weiter verfolgt, obwohl sie von dessen Zweckmäßigkeit vollkommen überzeugt war. Auch hat der Verlauf der Dinge gezeigt, daß die damals von Preußen gegen diesen Antrag geltend gemachte Dringlichkeit nicht in dem Maße bestand, als von preussischer Seite angenommen war.

Die zweite größere Mittheilung über den Verlauf der Berliner Verhandlungen erfolgte im September vorigen Jahres. Es ist in derselben ausdrücklich hervorgehoben, daß Frankreich kaum bei einem Gegenstand von Wichtigkeit sich durch die Anerbietungen von Seite des Zollvereins befriedigt finde und kaum auf eine von dessen Gegenforderungen eingehen; daß die k. preussische Regierung nicht bereit habe, der Mehrzahl der Forderungen Frankreichs zuzustimmen; daß daher die Sachlage es erhebe, auch das Mißlingen einer Verständigung schon jetzt in's Auge zu fassen und die Frage zu erwägen, was in diesem Fall von Seite des Zollvereins zu geschehen habe. In dieser Voraussicht brachte die k. preussische Regierung den übrigen Vereinsregierungen eine wesentliche, auf Erleichterung des Verkehrs gerichtete Revision des Vereins-Zolltarifs zu Gunsten des Verkehrs mit denjenigen Ländern, welche den Zollverein auf dem Fuß des meistbegünstigten Landes behandeln, in Vorschlag. In ihrer Rückantwort hierauf vom 29. September vorigen Jahres erklärte sich die bayrische Regierung entschieden gegen jede weitere Zugeständnis an Frankreich mit dem Beifügen, daß sie schon in ihrer ersten Erklärung die äußerste für zulässig erachtete Grenze hierfür bezeichnet habe. Alle weiter gehenden Ansprüche Frankreichs seien nach dem Erachten der k. bayrischen Regierung durch keine entsprechenden Konzessionen begründet und daher unbillig; sie seien ferner zum größten Theil im Interesse der Zollvereins-Industrie unzulässig. Es werde daher das Mißlingen einer Verständigung auf Seite des Zollvereins wenig zu beklagen sein, und der Vorschlag der k. preussischen Regierung, in diesem Fall eine selbständige Revision des Vereins-Zolltarifs einzutreten zu lassen, stimme so vollkommen mit den Ansichten der bayrischen Regierung überein, daß sie demselben mit voller Anerkennung und lebhafter Befriedigung beistimme. Wie der k. bayrischen Regierung erst unlängst bekannt geworden, haben damals auch andere Vereinsregierungen sich in ganz gleichem Sinne geäußert.

Nach diesem Stand der Sache, nachdem die k. preussische Regierung selbst mit aller Bestimmtheit weitere Konzessionen an Frankreich für unzulässig erachtete, eine selbständige Tarifrevision vorgeschlagen und dieser Vorschlag mehrfache Zustimmung erhalten hätte, konnte von bayrischer Seite eine solche Wendung der Verhandlungen, wie dieselbe später eingetreten ist, nicht wohl vermutet werden. Der Unterzeichnete glaubte diese im September v. J. eingehenden Erklärungen hier ausdrücklich kurz wiederholen zu sollen, weil in jüngster Zeit im größten Publikum vielfach die Meinung verbreitet worden ist, als hätten damals die Vereinsregierungen bereits nähere Kenntniss von der Tendenz und dem Umfang des nachmaligen Vertragsentwurfs gehabt und ihre Uebereinstimmung mit demselben angedeutet, sonach die k. preussische Regierung zum Abschluß desselben ermächtigt. Nach der damaligen Sachlage müßten vielmehr die Vereinsregierungen weitere Zugeständnisse an Frankreich für völlig unzulässig und die Wahrscheinlichkeit eines Abschlusses als eine sehr entfernte und geringe betrachtet.

Da weitere Mittheilungen nicht erfolgten, so war auch die bayrische Regierung durch die im März l. J. eintreffende Nachricht der württembergischen Paraphirung eines vollständigen Vertragsentwurfs einigermaßen überrascht. Durch die am 7. April dieses Jahres erfolgte Mittheilung der württembergischen hierauf bezüglichen Urkunden lernte die bayrische Regierung zum ersten Male die Fassung und Tragweite des Zoll- und Handelsvertrags kennen; eine Menge und gerade die wichtigsten Bestimmungen desselben waren bisher unbekannt und unerörtert geblieben; selbst die beigelegten Tarife differirten wesentlich von den früher mitgetheilten Tarifpositionen, und die k. bayrische Regierung konnte daher erst jetzt zu einer eingehenden Prüfung des Vertrags und seiner einzelnen Bestimmungen übergehen. Der Natur der Sache nach mußte sich diese Prüfung zunächst der Frage zuwenden, welche Motive überhaupt für den Zollverein vorliegen, sowohl ein vertragsmäßiges Verhältnis mit Frankreich einzugehen, als auch bei der Feststellung desselben sein ganzes bisheriges Tarifsystem aufzugeben und zu dem entgegengesetzten Prinzip, nämlich einem mehr oder minder modifizirten Freihandelsystem, überzugehen.

Die k. preussische Regierung hat in erörterter Beziehung mehrfach auf den Umstand hingewiesen, daß Frankreich nunmehr durch seine Verträge mit England und Belgien den Einfuhren aus diesen beiden Ländern wesentliche Vortheile eingeräumt und dadurch diejenigen vereinsländischen Produktionszweige, deren Erzeugnisse bereits gegenwärtig einen Markt in Frankreich finden, notwendig einem erheblichen Verluste ausgesetzt würden, wenn sie einem höhern Eingangezoll in Frankreich ausgesetzt bleiben würden, als die gleichartigen englischen und belgischen Produkte. Von bayrischer Seite war dagegen in der Erwiderung vom 29. Sept. v. J. bemerkt worden, daß die damaligen Handelsbeziehungen des Zollvereins zu Frankreich von der Art sind, daß nur äußerst wenige deutsche Fabrikartikel von höherem Werthe nach Frankreich gelangen, vielmehr der bei weitem überwiegende Theil des Verkehrs dahin in Rohprodukten und geringeren Fabrikaten besteht, welche von dieser Zoll Differenz nicht oder nur wenig betroffen werden. Gleichwohl war die bayrische Regierung einer vertragsmäßigen Verständigung mit Frankreich nicht unbedingt entgegen; sie war jedoch der Ansicht, es dürfe dieselbe nur unter der Voraussetzung stattfinden, daß vom Verein keine Konzessionen verlangt würden, welche in dem eigenen wachstverstandenen Interesse desselben als unzulässig erachtet werden müßten, und daß die Gegenkonzessionen von Seite Frankreichs den ersten abzuwart sein müßten.

Daß beide Voraussetzungen im September v. J. nicht vorhanden waren, hat die k. preuss. Regierung in der gefandtschaftlichen Note vom 8. desselben Monats ausdrücklich anerkannt und wurde von bayrischer Seite in der Erwiderung vom 29. Sept. v. J. wiederholt bestätigt. In dem Vertragsentwurf vom 29. März v. J. aber sind nicht nur der französischen Regierung alle diejenigen Konzessionen, welche im Sept. v. J. als einzig als durchaus unzulässig erklärt worden waren, sondern noch eine Menge

anderer, zum Theil viel wichtigere und bedeutendere eingeräumt, ohne daß von französischer Seite irgend eine weitere erhebliche Entzerrung gemacht worden wäre. Die nachträglich als solche bezeichneten sechs Artikel, die eine Tarifverleibung in Frankreich genießen sollen, sind so unbedeutend, daß sie gegen die Zugeständnisse von Seite des Vereins gar nicht in Betracht kommen können.

Welche Motive die k. preussische Regierung zu dieser Abweichung von ihrer eigenen Ansicht veranlaßt haben, ist der bayrischen Regierung unbekannt; jedenfalls müßten dieselben neu und sehr dringlich gewesen sein. Denn bestanden dieselben schon im Sept. 1861, so mußte sie die k. preussische Regierung schon damals gewarnt und für nicht zureichend erachtet haben, da sie selbst zu der Ansicht gelangt war, daß schon die damaligen Forderungen Frankreichs zu weit gehend und nicht durch genügende Gegenkonzessionen ausgeglichen seien, und daher eventuell eine selbständige Tarifrevision einem Vertrag mit Frankreich vorzuziehen wäre. Sind aber diese Motive erst seit dem September v. J. hervorgetreten, so ist es schwer erklärlich, wie die k. preussische Regierung sich nicht veranlaßt sah, dieselben ihren Zollverbündeten unumwunden vorzulegen, vielmehr den Vertragsentwurf mit den neuen, noch gar nicht erörterten Konzessionen im Widerspruch mit der bisherigen eigenen, sowie der Ansicht mehrerer Vereinsregierungen sofort zur Paraphirung zu bringen.

Für die bayrische Regierung aber sind die Motive der Beurtheilung offenbar noch dieselben wie im September v. J.; dieselben Gründe, welche sie damals veranlaßt haben, die Ueberzeugung auszusprechen, daß die geforderten Reduktionen des Vereins-Zolls höchst bedenklich erscheinen und tief in die wichtigsten und bedeutendsten Industrien eingreifen, daß die dagegen in Aussicht gestellten französischen Zugeständnisse nicht genügen, und daß es nicht für räthlich erachtet werden könne, an Frankreich weitere Zugeständnisse zu machen, vielmehr die von der k. preussischen Regierung vorgeschlagene, selbständige Tarifrevision den Vorzug vor der vertragsmäßigen Feststellung desselben verdienen, bestehen auch jetzt noch ihrem ganzen Umfange nach gegenüber den bedeutend erweiterten Konzessionen, wie selbe der Entwurf vom 29. März d. J. aufweist. Auch der Umstand kann hierbei nicht außer Acht gelassen werden, daß durch letztern Entwurf nicht einmal die Gleichstellung mit Belgien erlangt werden würde, vielmehr letzteres Land bei viel geringeren Gegenleistungen namhafte Vorteile bei der Einfuhr nach Frankreich behalten würde. (Schluß.)

München, 20. Aug. (Sch. M.) Wie mir bestimmt versichert wird, ist bereits eine Note des preussischen Ministeriums dem hiesigen mitgeteilt worden, gemäß welcher die preussische Regierung, wenn die ihr notifizirte Ablehnung des Handelsvertrags eine unwillkürliche sein sollte, den Zollverein kündigen und bis zum Ablauf des Vertrags alle Maßregeln treffen wird, welche im Interesse ihrer eigenen Industrie ihr geboten erscheinen. — Der hiesige päpstliche Nuntius, Mign. Gouella, hat, von einer Krankheit genesen, eine Erholungsreise nach Württemberg angetreten. — Der Erzbischof von Freiburg, v. Vicari, ist auf einer Fußreise durch unser schönes Gebirgsland begriffen. — In der Berliner Sitzung des bleibenden Ausschusses des deutschen Handeltags, der am 14. Okt. hier in München gehalten werden wird, wurde über die früheren Beschlüsse bezüglich: Einheit in Münze, Maß und Gewicht, Einführung des deutschen Handelsgesetzbuchs, Korrektion der Stromschiffahrt und Anlage von Kanälen berichtet. Zu Referenten für die Vorkommission wurden ernannt: 1) für Erhaltung und Reorganisation des Zollvereins: Hr. Hanemann von Berlin und Hr. Hursig von Hannover; 2) für Jolleinigung mit Oesterreich: Hr. F. Wertheim von Wien und Hr. Dr. Weigel von Breslau; 3) für den deutsch-französischen Handelsvertrag: Hr. A. v. Sybel von Düsseldorf und Hr. Puscher von Nürnberg; 4) über Disserenzial-Frachtarife der Eisenbahnen: Hr. Claffen-Kappelman von Köln. Die Berichterstatter für die Plenarversammlung selbst werden von der Vorkommission in München ernannt, welche am 6. Okt. zusammentritt.

Kassel, 20. Aug. Nach der heutigen „Hess. Anz.“ beabsichtigen Wähler von Schlachte rn und Steina u Prof. Ebbe l in Warburg, den einzigen Mann in der vorhinigen Ersten Kammer, der sich für die Verfassung von 1831 aussprach, für den Wahlbezirk der Städte Soden, Salmünster, Steinau, Schlüchtern und Hünfeld aufzustellen. Als Abgeordneten für den Landwahlbezirk Salmünster u. hat Procurator Hess in Schwarzenfels viele Stimmen für sich. Im Landwahlbezirk Hersfeld scheint die Wahl des Hrn. G und la ch gesichert; ebenso die Wiederwahl des frühern Abgeordneten Helwig für den Landwahlbezirk Trilgar. — Bei der Einführung eines neuen Pfarrers zu W o h r a sprach sich ein Pfarrer beim Festessen gegen das Lesen der „Morgenzeitung“ aus, wurde aber von einem andern Pfarrer zurechtgewiesen. — Gymnasialdirektor Dr. Schieck in Kinteln ist auf sein Nachsuchen pensionirt worden.

Dresden, 19. Aug. Der König hat dem Strumpfwirkermeister Joseph Sallmann aus Limbach bei Chemnitz die straffreie Rückkehr nach Sachsen bewilligt.

Hannover, 21. Aug. Die heute ausgegebene Nummer der Gesefsammlung bringt folgende, den evangelisch-lutherischen K a t e c h i s m u s betreffende V e r o r d n u n g:

Georg der Dritte u. Als Wir am 14. April d. J. Unseren evangelisch-lutherischen Unterthanen, Doktor Martin Luthers kleinen Katechismus mit Erklärung als ein werthvolles Gut darboten, gingen Wir von der festen Voraussetzung aus, daß die Gabe mit dankbarer Anerkennung entgegengenommen werde. Wir konnten daran nicht zweifeln, weil Wir, getreu den Grundsätzen der Reformation, auch jetzt noch des Glaubens sind, daß der neue Landeskatechismus die evangelische Wahrheit lauter und unerschrockener dem Lutherschen Bekenntnis entsprechend, enthält.

Jetzt erfahren Wir zu Unserem Schmerze, daß eine große Anzahl Unserer evangelisch-lutherischen Unterthanen, in Anhänglichkeit an den von ihren Vätern überkommenen Katechismus, die dargebotene Gabe willkommener zu heißen Bedenken trägt, daß man sogar, an einzelnen Sätzen des neuen Landeskatechismus Anstoß nehmend, den evangelischen Glauben bedroht und die Gewissen bedrängt erachtet.

Es liegt Uns aber am Herzen, die Gewissen zu schonen, der Kirche den Frieden zu erhalten, und nicht durch Zwang den Segen zu verkümmern, welcher durch freie und freudige Aneignung bedingt ist. Demgemäß wird das Gebot der allgemeinen Einführung des neuen

Landesbeschleunigung aufgehoben, und soll sein Gebrauch nur da stattfinden, wo er mit Bereitwilligkeit aufgenommen wird.

Gegeben Goslar, den 19. August 1862.

(L. S.) Georg Rex.

v. Grandis. Gr. v. Kilmanssegge. v. Bar.

Ferner meldet die „N. Hann. Ztg.“ vom 20. August: Des Königs Majestät haben allergnädigst geruht, Se. Excell. den Staatsminister Grafen v. Borries des Dienstes zu entlassen.

Berlin, 19. Aug. (Köln. Z.) Die Marinekommission des Hauses der Abgeordneten hielt gestern ihre zweite Sitzung. Die Minister v. d. Heydt und v. Roon waren anwesend. Bei Besprechung des Protokolls verlangte Abg. Reichenheim die Aufnahme der von ihm in der vorigen Sitzung gemachten Bemerkung, daß zwei in der Regierungsvorlage als erst noch anzuführende Uebungsschiffe nach erhaltenen Privatnachrichten bereits angekauft seien. Der Marineminister behielt sich eine Erläuterung vor. Abg. v. Bodum-Dolffs beantragte den Druck der Protokolle für die Mitglieder der Marinekommission wie der Budgetkommission; der Antrag wurde angenommen.

Bei Fortsetzung der Generaldiskussion wies Abg. Kerst nach, daß seine frühere Behauptung, seit 1848 hätten wir für unsere Marine gegen 20 Millionen ausgegeben, vollständig begründet sei; die Summe beläuft sich sogar noch höher, und leider sei sehr wenig dafür erreicht; die meisten Schiffe seien unbrauchbar; streng genommen könne man nur zwei als brauchbar bezeichnen: die „Arkona“ und die „Gazelle“. Abg. Schwartz erklärte sich für die Vorlage aus patriotischem Interesse für die Marine. Der Marineminister bemerkte zur Vermeidung von Mißverständnissen, die Regierung habe keinen Organisationsplan vorgelegt, sondern nur Grundzüge. Die Regierung werde im nächsten Winter einen solchen Plan vorlegen. Abg. Mühlenthat gegen die Vorlage, weil der dazu gehörende Finanzplan fehle. Der Finanzminister erklärte, die Regierung habe mit ihrer Vorlage zeigen wollen, daß es ihr mit der Herstellung einer Marine Ernst sei; vollständig sei ihr Plan nicht, weil sie noch die Entwicklung der Technik abwarten müsse, und zweitens, weil sie sich über die Bestreitung der Kosten noch nicht ganz klar sei. Das, was sie jetzt schon fordern, würde unter allen Umständen nötig sein und sei also unabhängig von dem Gesamtplan. Im künftigen Winter werde die Regierung Finanzpläne vorlegen, um neue Quellen zu finden, aus denen die Kosten für eine Marine zu decken seien. Ein Kommissar des Marineministeriums antwortete im Einzelnen auf die vom Abg. Kerst erhobenen Vorwürfe. Abg. v. Gabelenz für die Vorlage: Es sei Zeit, mit der Marine Ernst zu machen; große Hafenanlagen u. dergl. seien nicht aus den laufenden Ausgaben zu decken, sondern dem zukünftigen Geschlechte zu überlassen, also durch Anleihen zu decken. Aber nicht eine speziell-preussische, sondern eine deutsche Marine sei zu gründen; er stelle die Resolution: „Das Haus wolle beschließen, die Staatsregierung zu veranlassen, auf den nächsten Zollvereins-Konferenzen, eventuell bei der Reorganisation des Zollvereins, dahin zu wirken, daß die deutschen, handelspolitisch verbundenen Staaten zum Schutze ihres auswärtigen Handels eine gemeinschaftliche Kriegesflotte unter Preußens Führung errichten und unterhalten, und zur Bestreitung dieser Kosten ein Präzipuum aus den gemeinschaftlichen Einnahmen des Zollvereins festgesetzt werde.“ Die vielfach bewiesenen Sympathien der deutschen Bevölkerung seien eine Bürgschaft für deren weiteres Entgegenkommen; vielleicht würden durch Gründung einer Flotte in diesem nationalen Sinne sogar Hamburg, Bremen, Neckenburg zum Beitritt in den Zollverein veranlaßt werden, um so mehr, als Preußen mit dem französischen Handelsvertrage einen Schritt zur Handelsfreiheit gethan habe. Ueber die beantragte Resolution wird später berathen und beschlossen werden.

Abg. Stavenhagen: So wenig man mit den Resultaten der Marineverwaltung zufrieden sein könne, es helfe nichts, auf die Vergangenheit zurückzukommen. Daß bei dem jetzigen Zerwürfniß mit der Regierung kein ersprießliches Vorgehen in der Marinefrage zu hoffen sei, glaube er nicht; die höchsten Interessen Preußens dürften nicht nach persönlichen Rücksichten behandelt werden; Preußens maritime Entwicklung sei notwendig, und demnach müsse man sich auch über die Mittel verständigen. Abg. Parrisius beantragte Vertagung auf sechs Wochen; er müsse als gewissenhafter Abgeordneter erst sehen, ob ein geringerer Militäretat zu erreichen und somit die Mittel für die Flotte zu beschaffen seien; er wolle nicht die Vorlage von der Hand weisen; es sei erst die Militärfrage zu entscheiden. Abg. v. Ehren: Ohne Einwilligung des Hauses sei eine solche Vertagung nicht möglich. Die Entwicklung der Marine entspreche durchaus den Wünschen des Landes; die Grundzüge nun seien zweckentsprechend; an diesen Grundzügen werde der Marineminister festhalten, so lange die Verhältnisse, die Bedingungen sich nicht geändert hätten. Der Finanzminister legte vom Standpunkt der Regierung Verwahrung ein gegen den Parrisius'schen Antrag. Abg. v. Bodum-Dolffs erklärte den Parrisius'schen Antrag nach der Geschäftsordnung für gefaßt. Nach einigen weiteren Verhandlungen über die Geschäftsordnungs-Frage wurde der Parrisius'sche Antrag mit allen gegen 4 Stimmen verworfen. Abg. Harfort: Die Vergangenheit sei nicht außer Acht zu lassen; die Erfahrung sei die Lehrmeisterin der Zukunft; die Geschichte rückwärts mache die Geschichte vorwärts; man müsse sich die Erbschaft unserer bisherigen Marineverwaltung doch ansehen, ehe man weiter bewillige. (Nedner läßt nun eine scharfe Kritik der bisherigen Verwaltung folgen, wie auch Aeußerungen über die Bedingungen eines guten Organisationsplanes.) Alles in Allem sei er gegen die Bewilligung in der verlangten Art; er schließe mit der Mahnung: „Erst Häfen, dann Schiffe!“ Darauf, um halb 11 Uhr, wurde Vertagung beschlossen; der Marineminister behielt sich seine Erklärung gegen Harfort's Ausführungen vor.

Berlin, 21. Aug. (Köln. Ztg.) In der gestrigen Abend-sitzung der Marinekommission antwortete Hr. v. Roon

detaillirt auf Harfort's Angriffe. Kosc, Reichenheim und Bodum-Dolffs sprachen gegen die Vorlage wegen des mangelnden Planes zur Gründung einer Flotte und des gleichfalls fehlenden Finanzplanes; die Bewilligung verlangter Mittel engagire für spätere Bewilligung der angeforderten, aber noch nicht übersehbaren Steuerprojekte; für Militäretats-Erhöhung, soweit diese auch ohne Reorganisation nötig, und für Marinemehrausgaben sei die Steuerkraft des Landes nicht ausreichend. Kosc betonte die Nothwendigkeit einer deutschen Flotte; Bodum-Dolffs berechnete 70 Millionen Defizit bis zum Jahr 1870. Der Finanzminister erklärte, die Regierung hoffe mit Zuversicht die Bedürfnisse zu decken, ohne die Steuerkraft zu sehr anzuspinnen. Hierauf ward die Generaldiskussion geschlossen. Die Bemerkung der Vorlage gilt für unzweifelhaft. — Die Gemeindefiskal-Kommission hat beschlossen, die Regierung zur Vorlage der zur Ausführung der Reform der Kreis- und Gemeindeverwaltung aufzufordern; der Regierungskommissar erklärte, die Regierung beabsichtige, die legitimeren Vorlagen wegen der ländlichen Polizeiverwaltung, der Aufhebung des Schulzenamts und der Kreisordnung wesentlich unverändert wieder in der nächsten Session vorzulegen.

Italien.

Turin, 21. Aug. (W. R. Z.) Im Senat und im Abgeordnetenhaus ist das Dekret zur Verlängerung der Sitzungen verlesen worden. Sizilien ist in Belagerungszustand erklärt. Eugia, als außerordentlicher Regierungskommissar, kündigt in einer Proklamation an: er werde, da Garibaldi offene Rebellion erhebe, gegen jeden bewaffneten Trupp und gegen jede aufrührerische Zusammenrottung mit Gewalt einschreiten. Die Freiheit der Presse ist suspendirt. Die Turiner „Discussion“ versichert, Eugia werde durch Ciadini ersetzt werden und Persano werde den Befehl der Flotte übernehmen.

Turin, 21. Aug. Sizilien ist in Belagerungszustand erklärt worden. Die „Opinione“ meldet, daß Garibaldi den Abgeordneten Nicotera zum Präsesen von Catania ernannt habe. Den Nachrichten von Messina zufolge wäre Catania blockirt; dagegen wird von anderer Seite gemeldet, daß sich die Flotte bei Trapani (dem entgegengesetzten westlichen Theil der Insel) befinde.

Catanea, 11. Aug. Die in Messina erscheinende „Aquila lat.“ meldet: Eine Kommission, aus einigen Mitgliedern der Nationalgesellschaft bestehend, hatte sich in das Lager Garibaldi's begeben, um ihm zu bedeuten, daß, wenn seine Befinnung mit derjenigen des Ministeriums im Widerspruch stünde, er gut thun würde, nicht nach Catania zu gehen. Der Kommission wurde die ihr gebührende Antwort zu Theil, und sie kehrte gestern nach der Stadt zurück, wo sie mit Muren von der Bevölkerung empfangen wurde, die ihr keinen Auftrag gegeben hatte, in ihrem Namen zu sprechen. Am Abend umgab die Menge die Militärmusik, welche in dem öffentlichen Garten spielte, und verlangte die Garibaldi-Hymne. Hierauf zog die Menge, die Musik an der Spitze, durch die Straßen, die sofort illuminirt wurden. Die Demonstration nahm nun einen imposanten Charakter an, und der Ruf: „Es lebe Garibaldi! Rom oder der Tod!“ wurde allgemein. Im Theater ging es ebenso. Der Präses Fontana zeigte sich auf seinem Balkon und sprach einige Worte, die mit der Demonstration im Widerspruch standen. Ein ungeheures Pfeifen war die Antwort; er wollte fortfahren, aber das Geschrei, das verdoppelte Pfeifen und der betäubende Ruf: „Rom oder der Tod!“ überdünnte seine Worte, und er hielt es für angemessen, sich zurückzuziehen. Die Demonstration hörte von selbst auf.

Frankreich.

Paris, 21. Aug. Wir bemerkten gestern, daß man der Depesche aus Rom über die von Hr. v. Lavalette dem Papste gemachten Zusicherungen der Garantien des jetzigen Gebiets des Kirchenstaats in offiziellen Kreisen keinen Glauben schenke. Heute erklärt der „Constitutionnel“, daß er ermächtigt sei, diese Angabe aufs förmlichste zu widerlegen. Aber weit entfernt, über diese Bestimmung des offiziellen Blattes stolz zu sein, müssen wir im Gegentheil bekennen, daß dies Dementi lediglich vom Minister des Innern ausgeht und — bei den hiesigen Verhältnissen — durchaus nichts beweist, als daß diese Nachricht dem Hr. v. Ferry nicht paßt. Noch gestern Abend schickte der Minister des Innern drei verschiedene Redaktionen die Weisung zu, die fragliche Depesche nicht zu veröffentlichen; da es bei den meisten zu spät war, bringt der „Constitutionnel“ die erwähnte Widerlegung. Die Nennung Roms ist eine Lieblingsidee des Hr. v. Ferry, und er beabsichtigte dieses Thema, resp. die Vorzüge eines einheitlichen Italiens, auch in seiner Rede als Präsident des Generalraths des Loiredepartements zu entwickeln. Wie man versichert, hat der Kaiser sich diesem Vorhaben widersetzt (!). Außerdem hat dem Vernehmen nach der Minister des Innern ein Rundschreiben an die Präfekten gerichtet, worin er sie auffordert, die Doctrinen des Lagueronniere'schen Blattes „la France“ überall zu bekämpfen. An der Organisation des Gegenblattes der H. Kapetti und Pietri wird eifrig gearbeitet. — Die neuesten Nachrichten aus Italien: der Marsch Garibaldi's gegen Catania, wo er nicht als Sieger, sondern als Herr einzog, die Erklärung Mazzini's im Senat, daß Garibaldi sich im Stande der Rebellion befinde, die Verhängung des Ausnahmezustandes u. s. w. zeigen, daß die Dinge einen raschen Verlauf nehmen. Sollte Garibaldi die Meerenge wirklich überschreiten, so scheint man hier entschlossen, auch das neapolitanische Gebiet durch französische Truppen besetzen zu lassen. — Die englische Flotte, welche vor Malta war, ist in den neapolitanischen Gewässern eingetroffen.

Es war in der letzten Zeit vielfach die Rede von dem Besuch des Grafen von Chambord bei der Königin Marie Amalie, ob dieser Besuch statthatte, ob er offiziell war, ob er der Verschmelzung der beiden Bourbonnischen Zweige

förderlich gewesen u. s. w. Da wir Gelegenheit hatten, von dem über diesen Besuch aufgenommenen Protokoll Einsicht zu nehmen, so sind wir in der Lage, Ihnen über diese Angelegenheit, welche legitimistische, Orleansische, und wie Sie sich denken können, Bonapartistische Kreise aufs lebhafteste beschäftigt, genaue Aufschlüsse zu ertheilen. Am 3. Aug. begab sich Hr. Pageot nach der Residenz der Königin Marie Amalie, und verlangte, mit einer ihrer Ehrendamen zu sprechen. General Dumars präsentirte sich im Namen der Königin, und der Abgesandte des Prinzen setzte ihm sein Anliegen auseinander, nämlich, daß der „Graf von Chambord“ wünsche die „Königin“ zu sehen, und daß die Unterredung weder für sie noch für ihre Kinder irgend etwas Unbequemes (genant) haben werde. Der General erwiderte aufs verbindlichste, daß er die Befehle der Königin einholen werde, die leidend und zu Bett sei. Die Königin sprach ihr Bedauern aus, den Prinzen nicht sofort empfangen zu können, ließ ihn aber bitten, seinen Besuch auf einen nächsten Tag zu verschieben. Am 5. setzte der General den Prinzen in Kenntniß, daß die Königin erfreut sein werde, „ihren Neffen“ zu empfangen, wenn ihm dies angenehm sei, daß er jedoch keinen der Prinzen, ihrer Kinder, anwesend finden werde. Beim Besuch vom 6. war in der That keiner der Prinzen von Orleans anwesend, und die zu-vorkommenden Schritte des Grafen von Chambord behufs Erzielung einer Familienversammlung blieben ohne Resultat.

Es ist neuerdings die Rede davon, daß der Kaiser in Chalon's das Dekret wegen Auflösung des Gesetzeb. Körpers unterzeichnen werde. Für den Fall von Neuwahlen wird Hr. v. Montalembert, wie er glaubt mit Erfolg, als Kandidat im Doubsdepartement aufzutreten. — Der „Patrie“ zufolge trafe Hr. Benedetti Anhalten, Ende der Woche auf seinen Posten nach Turin zurückzukehren. — Der „Moniteur“ sagt heute, daß der Kaiser Hr. Charrat's Auge schrieb, um ihn in Kenntniß zu setzen, daß er ihn „demnächst in den Senat berufen wird.“ Man will wissen, daß dies bereits geschehen sei, von dem ehemaligen Generalprokurator aber abgelehnt worden sei. (?) — Glücklich als der Perriere'sche Gasthof hat das Lagueronniere'sche Blatt seinen Namenprozeß gegen die „Union“ gewonnen und wird auch ferner „la France“ heißen. — Die heutige Börse war durch die italienischen Nachrichten in Aufregung versetzt. Italienische Anleihe fiel auf 70.30 und zog die Rente mit auf 68.75 hinab. Nach den Verkäufen in der ersten Stunde hörte das Geschäft gänzlich auf.

Paris, 21. Aug. Der „Constitutionnel“ widerlegt heute die bekannte Depesche aus Rom vom 19. d. auf das förmlichste und fügt folgende offiziöse Bemerkung bei:

Wir hatten gestern im Lauf des Tages, wie alle unsere Kollegen, diese Depesche erhalten, aber eine einfache Prüfung hatte uns deren Unrichtigkeit (fausseté) dargehan. Wir unterliegen es deshalb, sie in unsere Departementalausgabe zu setzen, und wir haben wohl daran gethan. Sicher versteht es sich von selbst, daß, solange unsere Truppen in Rom sein werden, der hl. Vater Nichts von einem Einfall zu befürchten haben wird. Dies behaft weiter keines Wortes. Von den beiden in der Depesche enthaltenen Erklärungen ist also die eine überflüssig und die andere ist der Politik zuwider, welche Hr. v. Lavalette in Rom vertritt. — Banifacc.

Alle Blätter fallen über die Lagueronniere'sche „France“ her, um auf Grund vorstehender Note deren optimistische Ansichten von der römischen Politik Frankreichs durchzubrechen. Hr. v. Lagueronniere sucht sich mit diplomatischen Redewendungen durchzuhelfen. Die „Opin. nat.“ wünscht, daß der „Moniteur“ endlich einmal deutlich die Pläne der Regierung darlegen möchte, damit man aus dieser unseligen Verwirrung herauskomme. — Hr. Benedetti wird nach der „Patrie“ gegen Ende der Woche wieder an seinen Posten nach Turin zurückkehren.

Marseille, 21. Aug. Direkte Briefe aus Messina vom 17. berichten von fortwährenden Durchmärschen von Truppen, die nach Catania dirigirt werden. Sie fügen bei, daß diese Truppen in einiger Entfernung von der Stadt Halt machen, um jeden Zusammenstoß mit den Garibaldianern zu vermeiden. Es wird bestätigt, daß die Regierung den Effectivstand der Truppen auf Sizilien auf 60,000 Mann bringen will. Die Behörden treffen die erforderlichen Maßregeln.

Russland und Polen.

Warschau, 21. Aug. (W. R. Z.) Das Feldauditorat verurtheilte Jaroszynski zum Galgen. Der Großfürst Konstantin bestätigte das Urtheil. Die Exekution ist heute Vormittag um 9 Uhr vollzogen worden.

Serbien.

Belgrad, 21. Aug. Garaschanin soll seine Demission angeboten haben; dieselbe ist aber vom Fürsten bis jetzt nicht angenommen worden. Major v. Schweinitz, Militär-Attaché der preussischen Gesandtschaft in Wien, ist heute in Semlin eingetroffen.

Berichtigung. In dem Artikel „O Von der Kraich, 16. Aug.“ in der Beilage zu Nr. 195 d. Bl. soll es in der 47ten Zeile von oben statt: „der Kirchenverfassung“ — „Kirchenvisitation“ (der Kirchenvisitation zu Grunde gelegte Referat), und sodann Zeile 66 von oben statt: „ein“ — „wie“ (also: wie jedes andere Kirchspiel) heißen.

Die heute (22. d.) fälligen Zeitungen und Briefe aus Wien und Berlin waren uns beim Abschlusse des Blattes noch nicht zugegangen. D. R.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 24. Aug. 3. Quartal. 83. Abonnementsvorstellung. Ein Wintermärchen; Schauspiel in 5 Acten, von Shakespeare; für die deutsche Bühne neu übersezt und bearbeitet von Fr. Dingelstedt; Musik von F. v. Flotow. Die Tänze arrangirt von Balletmeister Beauval.

In der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe ist zu haben:
Der Schwarzwald,
der Odenwald, Bodensee und die Rheinebene.

Handbuch für Reisende.
Mit einer Karte von Baden und Württemberg, 8 Ansichten und 2 Panoramas in Farbendruck.
Zweite Auflage.
Preis eleg. geb. 1 fl. 48 fr.

Bekanntmachung.
Bei Anspielung des von Bildhauer Andreas Geller daber in Alabaster ausgeführten, das heilige Abendmahl darstellenden Werkes hat Nos. Nr. 161 gewonnen.
Freiburg, den 21. August 1862.
Großh. bad. Stadtm. M. Fr. v.

Soobad Rappenaui.
II. Kurliste vom 15. Juli bis 15. August.
Frau Kolb aus Redaran. Martin Friedrich aus Weiler. Hr. Pater Schmitt aus Marbach. Hr. Oberamtsrichter Gärtner aus Heilbronn. Hr. J. B. Bauer aus Weinheim. Hr. Eva Wagner von Redarbischofsheim. Hr. Wiener von Heimsheim. Frau Müller mit Tochter von Bonfeld. Hr. Birgermeister Zwieler in Aderbach. Hr. Schlegler von Siegelbach. G. Gartner von Rappenaui. Hr. Illmann von Eppingen. Jungfer Franziska Diermeier von Weiler. Hr. Hege von Püchelhof. Jungfer Babette Hege von Wilsbühl. Frau Peter Raab von Hahnheim. Hr. Bogler mit Familie und Bedienung von Mannheim. Hr. Schmutz aus Bensfeld. Hr. P. Schmutz aus Bensfeld. Hr. Pater Riem und Gemahlin aus Rorb. Hr. J. A. Gottmann aus Lehrbach. Hr. Pfarrer aus Breitenbrunn. Hr. Elias Kolb mit Tochter aus Heimsheim. Johann Fuhrmann aus Rappenaui. Eina Gerig von Rappenaui. Hermann Treß aus Pforzheim. Hr. Weiser aus Redarbischofsheim. Letzte Wirth aus Karlsruhe. Eucharis Schant aus Lehrbach. Frau Günzburger aus Schmiedem. Fr. Loos von Karlsruhe. Hr. P. Reichart von Redarbischofsheim. Frau Frei aus Eppingen. Heinrich Frei von da. Frau Gode aus Rengen. Frau Referendar Bed aus Einsheim. Frau Professor Rapp aus Mannheim. Georg Schid aus Redarbischofsheim. Frau Weltermeier mit Tochter aus Rorb. Hr. Laura Bohrmann aus Gorbach. Hr. Sophie und Anna Bohrmann von da. Marie Fink von da. Frau Warden aus Pforzheim. Elise Leibrand von da. Hr. Sophie Leuz von Gorbach. Mina de Brancas und Ardiene de Brancas von Pforzheim. Hr. Grenzkontrollor König aus Steinmauern. Wilhelmine Strauß von Oberzimmern. Josef Barth von Steinsfurt. Hr. Hugel mit Familie von Winnen. Hr. Rathschreiber Ley aus Aderbach. Frau Heiner von Einsheim. Wofes Grombacher von Oberzimmern. Hr. Ammann Wolf von Treschlingen. Hr. Neuwirth aus Redarbischofsheim. Frau Jungert von Rappenaui. Frau Oberzimmer von da. Hr. Fritzki von Saline Rappenaui. Regine Herrmann aus Wagenbach. Wofes Herbst von Rappenaui. Regina Seku von Heimsheim. N. 315.

Bad Sub.
N. 297. Sonntag den 24. August, Nachmittags, Regiments von Nassau.
Die Verwaltung.
Stelle gesucht.
N. 331. Eine Köchin, welche schon längere Jahre in bedeutenden Gasthöfen und Bädern placirt war, die besten Zeugnisse aufweisen kann, sucht bei einer größeren Herrschaft in einer Stadt oder auf dem Lande in ähnlicher Eigenschaft einen Platz. Der Eintritt kann bis Michaeli, nach Wunsch auch 4 Wochen früher geschehen. Das Nähere erfährt man bei der Expedition dieses Blattes.

Verlorener Hund.
N. 298. Offenbürg.
Am 15. d. Mts., Abends, ist dabei ein Wachtelhund, sogen. Königshund von echter Race, abhanden gekommen. Derselbe ist von schwarzer Farbe, hat dunkelgelbe Brust und Pfoten, und über den Augen dunkelgelbe Tupfen, eine kurze Schnauze, große hängende Ohren und langbehaarte Schwanz, ist von mittlerer Größe und geht auf den Fuß; „Sally“ oder „Schamyl“.

Alle Staatsgewinnlose.
N. 898. Hamburg.
selbst solche zu den geringsten Preisen von 2 Thlr. an, jedoch mit den höchsten Garantien und Gewinnen von Thlr. 100000, 60000, 40000, 30000, 20000, 10000, 5000, 4000, 3000, 2000, 1000, 500, 400, sind bei der reellsten und promptesten Beibehaltung, sowie unter zu gewährenden Vortheilen, die Jedem die Beihaltung ermöglichen, verkauft zu sein, stets auf billige direct und franco von Unterzeichnetem zu beziehen.
Auch werden auf Verlangen halbe und viertel Antheile nach Verhältnis des Preises des ganzen Originallooses verkauft. Am 10. Sept. d. J. findet die Ziehung der Staatsgewinnlose à 2 Thlr. statt, und sind noch ganze und Antheile von dieser Ziehung vorräthig. Auswärtige, mit Rimeisen versehenen Aufträge werden prompt und portofrei ausgeführt und werden sofort nach beendeter Ziehung die amtlichen Ziehungsslisten gratis zugesandt, befalligen Gewinnelder.

J. Dammann.
Hamburg.

Ansländische Vögel!
von Amerika und Australien in allen Farben und Größen, zahme und sprechende Papageien, Antilast u. s. w.; auch echte sächsische Kanarienvögel sind nur auf zwei Tage billig zu kaufen im Gasthaus zum Wiener Hof in Karlsruhe.
N. 639. Hamburg.
Neueste Hamburger Geldverloosung, errichtet u. garantirt von der Regierung, bestehend aus:
19,700 Gewinnen,
in 7 Klassen, worunter
event. 1 à 200,000 Mark,
2 à 100000, 1 à 50000, 1 à 30000, 1 à 20000, 1 à 15000, 8 à 10000, 2 à 5000, 2 à 6000, 4 à 5000, 8 à 4000, 18 à 3000, 50 à 2000, 6 à 1500, 6 à 1200, 100 à 1000 Mark, so wie verschiedene andere.

Zu dieser interessanten Verloosung, Ziehung 1. Klasse 10. September, empfehle ich ganze Loose à 2 Thlr., halbe à 1 Thlr., und werden Aufträge von mir prompt und diskr. effectuirt.
Salomon Simon,
Effektenhandlung, Hamburg.
N. 150. Hamburg.
Neueste
große Geld-Verloosung
von
2 Millionen 400,000 Mark,
in welcher nur Gewinne gezogen werden, garantirt von der freien Stadt Hamburg
Ein Originalloos kostet 2 Thlr. Ein halbes 1 Thlr.
Unter 19,700 Gewinnen befinden sich Haupttreffer von
Mark 200,000, 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 15,000, 8 mal 10,000, 2 mal 8000, 2 mal 6000, 4 mal 5000, 8 mal 4000, 18 mal 3000, 50 mal 2000, 6 mal 1500, 6 mal 1200, 106 mal 1000, 106 mal 500 etc. etc.
Beginn der Ziehung am 10. kommenden Monats.
Die **grosse Bellethelt**, welcher sich diese Staats-Einrichtungen beim Publikum fortwährend erfreuen, veranlassen die Regierung, um den gesteigerten Anforderungen zu genügen, das **Verloosungs-Kapital** bei jeder neu beginnenden Ziehung **bedeutend zu vergrößern.**
Unter meiner Clientel wurde **neuerdings am 2. Mal d. J. zum 17. Mal das grosse Loos** bei mir gewonnen.
Auswärtige Aufträge mit Remissen oder gegen **Postvorschuss**, selbst nach den entferntesten Gegenden, führe ich **prompt und verschwiegen** aus und sende **amtliche Ziehungsslisten und Gewinn-gelder** sofort nach Entscheidung zu.
Laz. Sams. Cohn,
Banquier, Geldwechsel- & Staatspapiere-Geschäft, Incaasso, Wechsel- & Creditbriefe auf alle Handelsplätze, Auszahlungsbureau aller Coupons.
HAMBURG.
Zeughausmarkt 42 & Jungfernstieg 11.

Feuereimer-Lieferung.
N. 291. Waghäusel.
Im Wege der Commission vergeben wir die Lieferung von ca. 300 Stück feinsten Feuereimern. Diejenigen, welche Lust haben, sich dieser Lieferung zu unterziehen, belieben uns Muster, unter Angabe des Preises, längstens bis Ende dieses Monats franco einzuliefern.
Waghäusel, den 19. August 1862.
Verwaltung der Zuderfabrik.
N. 225. Karlsruhe.
Nächstdras - Versteigerung.
Nächsten Dienstag den 26. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, wird der Nächstdras von den Remonteschwefeln bei Gottesau auf dem Platze selbst gegen Barzahlung öffentlich versteigert.
Karlsruhe, den 20. August 1862.
Berechnung des Remonteschwefels.
N. 123. Pforzheim.
Lafversteigerung.
Herr Theodor Bodenberger, Kaufmann von Pforzheim, läßt durch den Unterzeichneten sein in Gemeinschaft mit Herr August Dening, Bijouteriefabrikanten, verlassenes Fabrikager, und zwar:
21 Stück ovale, weingrüne, und im guten Zustande befindliche Röhren von 521 bis zu 2100 Maß am Montag den 25. d. Mts., Vormittags 11 Uhr, in dem f. g. Schloß gegen baare Zahlung versteigern; wozu die Liebhaber einladen.
Joseph Griesel, Kommissionär
in Pforzheim.
N. 304. Karlsruhe.
Versteigerung von Juwelen, Gold und Silber.
Montag den 1. September d. J., Vormittags 9 Uhr anfangend, werden im Steigerungsfalle im Gasthause zum König von Preußen dahier verschiedene Juwelen, als Brillanten, Rosen und Perlen, sowie eine große Partie Gold- und Silberwaaren durch den Unterzeichneten gegen gleich baare Zahlung öffentlich versteigert.
Hierzu ladet die Liebhaber ein, Karlsruhe, den 21. August 1862.
Serrenschmidt, Waisenrichter.

Waaren- u. Fahrnis-versteigerung.
N. 281. Karlsruhe.
Aus dem Nachlaß der verlebten Kaufmann Friedrich Adam Sönnings Ehefrau dahier werden in deren Behausung, Waldhornstraße Nr. 54, nachgeschriebene Waaren und Fahrnisgegenstände gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert; wozu die Liebhaber eingeladen werden, und zwar
Montag den 25. August d. J.:
Spezereiwaaren durch alle Rubriken;
Dienstag den 26. August d. J.:
Spezereiwaaren, feine und ordinäre Strickbaumwolle von allen Farben, Seide, Fäden, verschiedene Herrenhüte und andere kleine Waaren, verschiedene englische und ordinäre farbige Strickwolle, weißer und grauer Spinnhanf, englische und ordinäre Nähmaschinen, Strick-, Haar- und Stednadeln, Knöpfe und dergleichen;
Mittwoch den 27. August d. J.:
eine große Partie Zucker, Kaffee, Mehl, Gerste, Erbsen, Linsen, verschiedene Sorten Wascheise, Stärke und Gichorien;
Donnerstag den 28. August d. J.:
120,000 Stück verschiedene Cigarren, eine große Partie Rauchtabak und Streichhölzer;
Freitag den 29. August d. J.:
7 Dhm Zwischgenwasser, 80 Maß Kirchwasser, 380 Maß Fruchtbranntwein, 520 Maß Treberbranntwein, eine große Partie verschiedene Liqueure, circa 3 Dhm Wein, Doppel- und ordinäre Effig, 326 Pfd. Rohw.-u. Kampenöl, 676 Pfd. Backfeinfalt, 171 Pfd. Schweigekäse, 355 Pfd. Schweinefett, 127 Pfd. Senf u. d. gl.;
Samstag den 30. August d. J.:
1 große Partie verschiedene Schnupftabak in Wei, Karulabak, Lichter, Gichorie, Wagnersett, 180 Pfd. Reppel, Haß- und Baugesärr, mehrere Korbflechten, leere Kisten und Ständer;
Montag den 1. September d. J.:
Blücher, Gold und Silber, Frauenkleider, Bettung;
Dienstag den 2. September d. J.:
Bettung, Bettzeug, Feinwand und Schreinwerk, darunter ein vorzügliches neues Klavier;
Mittwoch den 3. September d. J.:
Schreimwerk, Küchengeschäften und allerlei Hausrath;
Donnerstag den 4. August d. J.:
allerlei Hausrath, Haß- und Baugesärr.
Die Versteigerung nimmt jedesmal Vormittags 9 Uhr ihren Anfang und wird Nachmittags 2 Uhr fortgesetzt.
Karlsruhe, den 20. August 1862.
Großh. bad. Stadtm. v. Revisorat. G. Gerh. d.

Pferdeversteigerung.
N. 291. Karlsruhe.
Kommander Montag den 25. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr, werden im groß. Warshall zwei zum Reiten und Fahren brauchbare Pferde, nämlich:
eine 9jährige braune Stute, ein 6jähriger Braun-Ballak, ferner ein 3-jähriges fehlerfreies Fohlen gegen Barzahlung öffentlich versteigert; wozu wir die Liebhaber hiermit einladen.
Karlsruhe, den 21. August 1862.
Großh. Stallverwaltung. J. o. f.

Weinversteigerung.
N. 292. Nr. 6662. Offenbürg.
Aus der Verlassenschaft des pensionirten Hauptleutnants Simon Basler von Oberweier wird am Donnerstag den 28. d. Mts.

Staatspapiere.
Frankfurt, 21. August 1862.
Per compt.
Dest. 5/10 Met. i. S. b. R. 77 P.
5/10 do. in holl. St. 77 P.
5/10 do. 1852 i. R. 77 1/2 P.
5/10 do. 1859 72 1/2 P.
5/10 Lomb. i. S. b. R. 85 1/2 P.
5/10 Venet. C. b. R. 77 P.
5/10 Nat.-Anl. 1854 63 b. G.
5/10 Met.-Obligat. 54 1/2 P.
5/10 do. 1852 b. R. 54 1/2 P.
4 1/2 do. Met.-Oblig. 47 1/2 P.
4 1/2 do. dito. —
5/10 Oblig. b. Rth. 108 G.
4 1/2 do. dito. 102 1/2 G.
3 1/2 do. dito. 99 P.
3 1/2 do. Staatsf. 90 P.
Bayer. 4 1/2 Emission 102 1/2 G.
4 1/2 do. 103 1/2 G.
4 1/2 do. 103 1/2 G.
4 1/2 do. 101 1/2 G.
4 1/2 do. 101 1/2 G.
4 1/2 do. Abst.-Rente —
3 1/2 do. —
4 1/2 do. Obl. b. Rth. 105 1/2 G.
4 1/2 do. ditto 104 1/2 G.
3 1/2 do. ditto 99 1/2 G.
Baden 4 1/2 Obligat. 100 1/2 P.
do. dito. 100 P.
do. 1842 96 1/2 P.
do. Obligat. 104 P.
do. dito. 101 1/2 P.
do. 97 1/2 G.
Raffan 5/10 Oblig. b. Rth. 104 P.
do. dito. 102 1/2 P.
do. 100 1/2 G.
do. 95 G.
Brschw. 3 1/2 do. b. R. à 105 93 1/2 P.
Kurb. 4 1/2 do. à 28 fr. b. G. 91 1/2 P.
Frankf. 3 1/2 Obligat. 99 1/2 P.
do. dito. 94 G.
Evan. 3 1/2 inf. Schuld 48 1/2 G.
do. Schuld 44 1/2 P.
Belg. 4 1/2 do. i. Fr. à 28 fr. 99 1/2 P.
Schw. 4 1/2 Obligat. 100 1/2 G.
do. 101 1/2 P.
Schw. 4 1/2 do. b. R. à 28 fr. 102 P.
do. 95 1/2 P.
R.-Am. 5/10 do. i. S. à 2.30 —
do. 4871 u. 74 —

Anleihen-Loose.
Dest. 250 fl. R. 1839 102 G.
do. 250 „ 1854 69 1/2 P.
do. 100 „ R. 1858 120 G.
do. 500 „ v. 1860/71 70 1/2 P.
Schw. Rthl. 102. 10 P.
Bad. 50 fl.-Loose 102 G.
do. 35 „ 56 1/2 P.
Kurb. 40 fl. L. b. R. 57 1/2 P.
Gr.-Schw. 25 fl. L. b. R. 43 G.
do. 25 „ 38 1/2 P.
Rthl. 25 fl. L. b. R. 37 P.
Sch.-Lippe 25 fl. L. b. R. 31 1/2 G.
Sard. 36 fr. L. b. R. 52 1/2 P.
Rthl. 45 fr. L. b. R. 34 1/2 P.
2 1/2 fl. R. L. b. R. 37 1/2 P.
Perrens-L. à 10 fl. 37 1/2 P.
Anst.-Gummen. L. 12 1/2 P.
Wechsel-Kurse.
Amsterdam i. S. 100 1/2 P.
Antwerpen „ 94 P.
Angels. 2 fl. 100 „ 99 1/2 G.
Berlin „ 106 1/2 G.
Bremen „ 96 1/2 P.
Brüssel „ 94 P.
Eöln „ 105 1/2 G.
Hamburg „ 88 1/2 G.
Leipzig „ 105 P.
London „ 118 1/2 G.
Mail. i. Fr. 200 „ 93 1/2 P.
München „ 99 1/2 P.
Paris „ 93 1/2 G.
Wien „ 92 G.
Disconto 3 1/2 G.
Gold und Silber.
Puteol „ 9 38 1/2
Preuss. Friedr. or. „ 9 56 1/2
Holl. fl. 10 Stücke „ 9 46
Rthl.-Ducaten „ 5 33 1/2
20 fl.-Frankenstücke „ 9 23 1/2
Engl. Sovereigns „ 11 51
Gold v. Holl. v. d. „ 803 — 8
Gold v. Silb. v. d. „ 52 30
Preuss. Cassenst. „ 1 45 1/2
Dollars in Gold „ 2 26

im Sterbhaufe, um 10 Uhr Vormittags anfangend, der vorhandene Wein, und zwar circa 6770 Maß 1861er, Durbacher und Oberweierer Geländes, in angemessenen Abtheilungen, soham der Vorrath an Fässer, in welchen der Wein eingelagert ist, und zwar 20 Stück von verschiedener Größe (von 1 bis 18 Dhm), nebst verschiedenem Haß- und Bandgeschirr durch Distriktsnotar Kagenberger gegen Barzahlung versteigert.
Offenbürg, den 20. August 1862.
Großh. bad. Amtsvorort. Schmidt.

Eisenbahnen von Waldshut nach Konstanz, Vergebung von Schieferdeckerarbeiten.
N. 222. Nr. 904. Konstanz.
Das Eindecken der Dächer des Stationsgebäudes in Radolfzell und des Güterprobationsgebäudes in Konstanz mit 30,600 Quadratfuß Flächeninhalt mit Rhein- oder französischem Schiefer, 1. Qualität, soll im Commissionswege auf Einzelpreise in Afford gegeben werden.
Die zur Uebernahme Lufttragenden laden wir ein, ihre Angebote längstens bis zum 26. d. Mts. unter Anschließung von Mustersteinen portofrei und versiegelt auf dem Bureau der unterzeichneten Stelle einzureichen, woselbst auch die Bedingungen, welche an portofreie Aufträge von uns bezogen werden können, einzusehen sind.
Konstanz, den 18. August 1862.
Großh. bad. Eisenbahn-Hochbau-Inspektion. Leonhard.

Versteigerung.
N. 285. Nr. 8617. Freiburg. (Aufforderung und Forderung.) Joseph Wertz von Fischbach, Amts-Rechtsrat, steht dahier wegen Betrugs z. R. des Georg Jung von Dottingen in Unterjudung. Da der gegenwärtige Aufenthalt des Joseph Wertz unbekannt ist, so wird derselbe aufgefordert, sich binnen 14 Tagen dahier zu stellen, widrigenfalls nach dem Ergebnisse der Untersuchung das Erkenntniß gefällt würde. Ausgleich bitten wir, den Joseph Wertz im Betreffsfall zu verhandeln und an uns abzuliefern. Signale: Name: Alter, 45 Jahre; Größe, 5' 8"; Status, Rthl.; Gesichtsfarbe, länglich; Gesichtsfarbe, schwarzbraun; Haare, schwarz; Augenbrauen, schwarz; Nase, gewöhnlich; Mund, gewöhnlich; Rinn, spärlich; Haut, schwarzer Badenbart.
Freiburg, den 18. August 1862.
Großh. bad. Stadtamtsgericht. Brummer.

Versteigerung.
N. 248. Nr. 6861. Ladenbürg. (Aufforderung und Forderung.) Dem ledigen, 62 Jahre alten Müllerburschen Valentin Maier von Schriesheim wird hiermit eröffnet, daß er wegen Entwendung eines Paars Stiefel, im Werthe von 6 fl., und damit wegen dritten Diebstahls als Angeklagter erklärt werde, sowie daß er innerhalb 14 Tagen sich dahier zu stellen habe, widrigenfalls das Erkenntniß nach Lage der Akten gegen ihn gefällt würde. Ausgleich bitten wir, auf Valentin Maier zu fahnden.
Ladenbürg, den 18. August 1862.
Großh. bad. Amtsgericht. Bender.

Versteigerung.
N. 247. Heidelberg. (Erledigte Aktuarsstelle.) In dem Kriminalbureau dieser Stelle ist auf den 1. October d. J. die Stelle eines Protokollführers mit einem Referendar, Rechtspraktikanten oder einem Aktuar, mit einem Gehalt von 400 fl., zu besetzen.
Lufttragende wollen sich alsbald unter Vorlage ihrer Zeugnisse melden.
Heidelberg, den 18. August 1862.
Großh. bad. Amtsgericht. v. Zitzogl.

Versteigerung.
N. 270. Nr. 6915. Ladenbürg. (Erledigte Stelle.) Bei dieser Stelle ist eine Depotstellenstelle mit einem jährlichen Gehalt von 200 fl. nebst Accidenzien sogleich zu vergeben. Hiezu Lufttragende wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse sofort melden.
Ladenbürg, den 20. August 1862. Großh. bad. Amtsgericht. Bender.

Frankfurt, 21. August 1862.		Staatspapiere.		Anleihen-Loose.	
Dest.	Per compt.	Per compt.	Per compt.	Dest.	Per compt.
5/10 Met. i. S. b. R.	77 P.	Baden 4 1/2 Obligat.	100 1/2 P.	250 fl. R. 1839	102 G.
5/10 do. in holl. St.	77 P.	do. dito.	100 1/2 P.	do. 250 „ 1854	69 1/2 P.
5/10 do. 1852 i. R.	77 1/2 P.	do. 1842	96 1/2 P.	do. 100 „ R. 1858	120 G.
5/10 do. 1859	72 1/2 P.	do. Obligat.	104 P.	do. 500 „ v. 1860/71	70 1/2 P.
5/10 Lomb. i. S. b. R.	85 1/2 P.	do. 101 1/2 P.	101 1/2 P.	Schw. Rthl. 102.	10 P.
5/10 Venet. C. b. R.	77 P.	do. 97 1/2 G.	97 1/2 G.	Bad. 50 fl.-Loose	102 G.
5/10 Nat.-Anl. 1854	63 b. G.	do. 104 P.	104 P.	do. 35 „	56 1/2 P.
5/10 Met.-Obligat.	54 1/2 P.	do. 102 1/2 P.	102 1/2 P.	Kurb. 40 fl. L. b. R.	57 1/2 P.
5/10 do. 1852 b. R.	54 1/2 P.	do. 100 1/2 G.	100 1/2 G.	Gr.-Schw. 25 fl. L. b. R.	43 G.
4 1/2 do. Met.-Oblig.	47 1/2 P.	do. 95 G.	95 G.	do. 25 „	38 1/2 P.
4 1/2 do. dito.	—	Brschw. 3 1/2 do. b. R. à 105	93 1/2 P.	Rthl. 25 fl. L. b. R.	37 P.
5/10 Oblig. b. Rth.	108 G.	Kurb. 4 1/2 do. à 28 fr. b. G.	91 1/2 P.	Sch.-Lippe 25 fl. L. b. R.	31 1/2 G.
4 1/2 do. dito.	102 1/2 G.	Frankf. 3 1/2 Obligat.	99 1/2 P.	Sard. 36 fr. L. b. R.	52 1/2 P.
3 1/2 do. dito.	99 P.	do. dito.	94 G.	Rthl. 45 fr. L. b. R.	34 1/2 P.
3 1/2 do. Staatsf.	90 P.	Evan. 3 1/2 inf. Schuld	48 1/2 G.	2 1/2 fl. R. L. b. R.	37 1/2 P.
Bayer. 4 1/2 Emission	102 1/2 G.	do. Schuld	44 1/2 P.	Perrens-L. à 10 fl.	37 1/2 P.
4 1/2 do. 103 1/2 G.	103 1/2 G.	Belg. 4 1/2 do. i. Fr. à 28 fr.	99 1/2 P.	Anst.-Gummen. L.	12 1/2 P.
4 1/2 do. 103 1/2 G.	103 1/2 G.	Schw. 4 1/2 Obligat.	100 1/2 G.	Wechsel-Kurse.	
4 1/2 do. 101 1/2 G.	101 1/2 G.	do. 101 1/2 P.	101 1/2 P.	Amsterdam i. S.	100 1/2 P.
4 1/2 do. 101 1/2 G.	101 1/2 G.	Schw. 4 1/2 do. b. R. à 28 fr.	102 P.	Antwerpen „	94 P.
4 1/2 do. Abst.-Rente	—	do. 95 1/2 P.	95 1/2 P.	Angels. 2 fl. 100 „	99 1/2 G.
3 1/2 do. —	—	R.-Am. 5/10 do. i. S. à 2.30	—	Berlin „	106 1/2 G.
4 1/2 do. Obl. b. Rth.	105 1/2 G.	do. 4871 u. 74	—	Bremen „	96 1/2 P.
4 1/2 do. ditto	104 1/2 G.	do. 70 P.	70 P.	Brüssel „	94 P.
3 1/2 do. ditto	99 1/2 G.	Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.		Eöln „	105 1/2 G.
		3/10 Frankfurter Bank	123 1/2 G.	Hamburg „	88 1/2 G.
		3/10 Deherr. Bank-Aktien	727 P.	Leipzig „	105 P.
		5/10 do. Cred. A. i. D. B.	190 —	London „	118 1/2 G.
		5/10 Bayr. Bank à fl. 500	—	Mail. i. Fr. 200 „	93 1/2 P.
		4/10 Darmst. B.-A. à fl. 250	217 1/2 G.	München „	99 1/2 P.
		4/10 Weimar. Bank-Aktien	83 G.	Paris „	93 1/2 G.
		4/10 Mittelh. Gr.-A. à 100 fl.	91 1/2 G.	Wien „	92 G.
		4/10 Nordd. Credit-Aktien	—	Disconto	3 1/2 G.
		4/10 Auerb. Bank-Aktien	99 1/2 G.	Gold und Silber.	
		Evan. S. u. Ind. fr. 500 fl.	505 G.	Puteol „	9 38 1/2
		3/10 Taunusbahn-Akt. à fl. 250	330 G.	Preuss. Friedr. or.	9 56 1/2
		3/10 Frankf. Han. Gmb.-A.	73 G.	Holl. fl. 10 Stücke	9 46
		5/10 Deherr. Staats-Gmb.-A.	228 P.	Rthl.-Ducaten	5 33 1/2
		5/10 Elisabeth-B. fl. 200 fr. St.	119 1/2 P.	20 fl.-Frankenstücke	9 23 1/2
		4/10 Rhein-Nabe-Bahn	309 P.	Engl. Sovereigns	11 51
		4/10 Lomb.-Verb. Eisenbahn	137 1/2 G.	Gold v. Holl. v. d.	803 — 8
		4/10 Pf.-Mar.-Gsb.-A. b. R.	110 1/2 G.	Gold v. Silb. v. d.	52 30
		4/10 Bayer. Dtschbahn-Aktien	107 1/2 P.	Preuss. Cassenst.	1 45 1/2
		4/10 Hess. Ludwigsbahn	129 1/2 P.	Dollars in Gold	2 26